

Wahlen und Beschlussfassungen gehörten zu den zentralen Themen auf der Kammerversammlung am 5. Mai 2017 in Dortmund

Die Psychotherapeutenkammer NRW (PTK NRW) begrüßt ein neues Mitglied in ihrem Vorstand: Mechthild Greive, Fraktion dgvt, wurde am 5. Mai 2017 von der Kammerversammlung in einer Ergänzungswahl mit 57 Ja- zu acht Nein-Stimmen und acht Enthaltungen zur Beisitzerin gewählt. Sie löst damit Wolfgang Schreck ab, der im April aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hatte.

Die 61-jährige Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin und Juristin engagierte sich bisher im Ausschuss „Psychotherapie in Krankenhaus und Rehabilitation“ der Kammer. Sie arbeitete mehr als 25 Jahre lang angestellt in leitenden Positionen im behördlichen Bereich, in der Jugendhilfe, der Psychiatrie und im Krankenhaus, zuletzt als Hauptgeschäftsführerin am Klinikum Dortmund. Seit Ende 2012 arbeitet sie selbstständig als Beraterin und Coach. In ihrer Arbeit setzt sie Schwerpunkte in Verhaltens- und Gesprächstherapie, systemischer Beratung und Coaching. Ihre ehrenamtlichen gesundheitspolitischen Aktivitäten sind geprägt von ihrem Engagement für Frauen als Leistungsträgerinnen und in der Situation als Patientinnen. „Im Rahmen meiner Vorstandsarbeit möchte ich mich insbesondere für eine gute, gemeindenahere und niederschwellige psychotherapeutische Versorgung einsetzen“, erklärte Mechthild Greive auf der Kammerversammlung. „Auch in der Reform der Psychotherapeutenausbildung möchte ich das Stichwort ‚Versorgungsqualität‘ hochhalten.“

Wolfgang Schreck war seit September 2014 Beisitzer im Vorstand der PTK NRW. „Ich habe mit dem Vorstand, den Ausschüssen und der Geschäftsstelle stets sehr positiv und harmo-



Mechthild Greive und Gerd Höhner



Wolfgang Schreck und Gerd Höhner

nisch zusammengearbeitet und werde sicher etwas vermissen“, sagte er der Kammerversammlung. „Berufliche Veränderungen stehen jedoch dem entgegen, im Vorstand weiterhin so mitarbeiten zu können, wie es die berechtigten Erwartungen anderer und meine eigenen Ansprüche an mich verlangen.“ Wolfgang Schreck hatte Ende letzten Jahres die offizielle Leitung des Refe-

rats Erziehung und Bildung der Stadt Gelsenkirchen übernommen und bleibt Beisitzer im Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK). Gerd Höhner, Präsident der PTK NRW, dankte seinem Kollegen für die durchgehend anregende, konstruktive und verlässliche Zusammenarbeit.

Eindeutige Wahlergebnisse

Weitere Wahlen standen auf der Tagesordnung. Oliver Staniszewski, Vorsitzender des Ausschusses „Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen“, wurde für die Fraktion Bündnis KJP als Delegierter zum Deutschen Psychotherapeutentag (DPT) gewählt. Als stellvertretende Delegierte zum DPT wurden Matthias Fink, ebenfalls Fraktion Bündnis KJP, und Franz-Josef Kanz von der Fraktion dgvt gewählt. In einer weiteren Abstimmung votierten die Kammerversammlungsglieder für Franz-Josef Kanz als stell-

vertretendes Mitglied im Ausschuss „Psychotherapie in Krankenhaus und Rehabilitation“.

Herausforderungen in der Bedarfsplanung

Zu Beginn des Tages gedachte die Kammerversammlung in einem Schweigemoment dem verstorbenen Kammerversammlungsmitglied Thomas Fischer.

In seinen mündlichen Ausführungen zum Bericht des Vorstandes blickte Gerd Höhner zunächst auf die Bedarfsplanung und skizzierte einige der in Abstimmung mit den Landeskammern entwickelten Schlaglichter der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK). „Wesentlich ist, dass es bundeseinheitliche Verhältniszahlen geben soll. Damit würde sich die Gesamtzahl der Psychotherapeutesitze ändern“, hob er hervor. Als neuen Stichtag für Westdeutschland nennt das BPtK-Konzept für eine bedarfsgerechte und wohnortnähere Bedarfsplanung den 31. August 2004. „Unter Berücksichtigung dieses Datums ergibt sich kein Minus von 4.292 Sitzen, sondern ein Plus von 353 Sitzen“, informierte Gerd Höhner. Entscheidend sei zudem, dass die regionale Anpassung der bundesweiten Verhältniszahl anhand der Morbiditäts- und Sozialstruktur, von Mitversorgungseffekten und der regionalen Versorgungssituation vorgenommen werde solle.

Weiterentwicklung psychotherapeutischer Angebote

Der Kammerpräsident stellte zudem die Weiterentwicklung psychotherapeutischer Versorgungsangebote als eine wichtige Aufgabe für den Berufsstand heraus. „Es gibt weiterhin kein brauchbares Angebot für die Versorgung von älteren Menschen. Auch über psychotherapeutische Angebote für Menschen mit Intelligenzminderung müssen wir reden – nicht zwingend in methodisch-fachlicher Richtung, aber als Erweiterung des Settings. Denn diese Patienten werden nicht an unsere Praxistür klopfen. Ebenso müssen uns psychotherapeutische Angebote für Menschen beschäftigen, die an ei-

ner chronischen Erkrankung wie zum Beispiel Diabetes leiden und Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung haben.“

In der Aussprache wurden mehrfach die Änderungen in der Psychotherapie-Richtlinie kritisch kommentiert. Es bliebe letztlich unklar, wie das vorgesehene System funktionieren solle, formulierte ein Kammerversammlungsmitglied. Gerd Höhner betonte, die Kammer habe den gesundheitspolitischen Sprechern der Parteien klar zu verstehen gegeben, dass die Neuerungen die Versorgung nicht verbessern würden. Die Idee, in der Kammerversammlung ein Meinungsbild zur Sinnhaftigkeit der Änderungen zu erstellen, wurde verworfen. Es sei dafür zu früh und zugleich ratsam, die Erhebung der BPtK hierzu abzuwarten. Hinsichtlich der Bedarfsplanung regte ein Kammerversammlungsmitglied an, sich an einem gesonderten Termin ausführlicher dazu auszutauschen. Mit Blick auf die Versorgung geflüchteter Menschen wurde festgehalten, dass es weiterhin keine Bundesmittel für adäquate Versorgungsangebote vor Ort gäbe. „Auf den Regionalversammlungen berichten uns Kolleginnen und Kollegen, dass sie gar keine Patienten bekommen“, sagte Gerd Höhner. „Wir sehen hier ein Beispiel, wie eine fehlende Finanzierung vorhandene Versorgungsangebote austrocknet.“

Wirtschaftliche und berufliche Lage der Kammermitglieder

Die Kammerversammlung hatte am 31. Oktober 2015 beschlossen, dass die PTK NRW einen Bericht zu der wirtschaftlichen und beruflichen Lage ihrer Mitglieder erstellen möge. Ein Fokus sollte auf der Situation von Frauen, Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen und Neuapprobierten liegen. Vizepräsident Andreas Pichler stellte eine Zusammenschau der Daten und einige mögliche Schlussfolgerungen vor. Er verwies auch auf die Einschränkungen, mit denen das vorliegende Datenmaterial zu betrachten sei. So konnte beispielsweise nicht das tatsächliche Einkommen, sondern nur das aus psy-



Oliver Staniszewski



Matthias Fink



Franz-Josef Kanz



Andreas Pichler

chotherapeutischer Tätigkeit erfragt werden. Ebenso seien keine Aussagen zum Beschäftigungs- oder Tätigkeitsumfang möglich.

Die Analyse der Daten zeige einen deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern und Berufsgruppen, referierte Andreas Pichler. „Frauen erzielen aus psychotherapeutischer Tätigkeit im Mittel 74-76% des Einkommens der Männer, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten kommen im Schnitt auf 83,3% der Einkommen aus psychotherapeutischer Tätigkeit der Psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten.“ Neuausprobierende würden in dem Jahr nach ihrer Approbation Einkünfte aus psychotherapeutischer Tätigkeit erzielen, die eher im niedrigen Bereich der Einkommensklassenverteilung angesiedelt seien; erst in ihrem zweiten Jahr würde das Einkommen dann in den mittleren Bereich ansteigen. Auch in dieser Gruppe würden Frauen deutlich weniger aus psychotherapeutischer Tätigkeit einnehmen als männliche Kollegen. Der Blick auf die Tätigkeitsprofile der Mitglieder zeige eine große Heterogenität auf, so der Vizepräsident weiter. „Neben Mitgliedern, die nur angestellt beziehungsweise niedergelassen tätig sind, arbeiten viele in einer Mischform. Aus den Angaben zu einer Teilzeittätigkeit lesen wir ab, dass wesentlich mehr Frauen als Männer in Teilzeit arbeiten.“

In der Diskussion wurde festgehalten, dass man sich mit der Unterstützung gerade von Frauen in ihrer Berufsausübung befassen müsse. Auch sei das Engagement der Kammer in Fragen der Vergütung sowohl im ambulanten wie auch im Bereich der Angestellten nach wie vor dringend geboten. Angeregt wurde, die Analyse in angemessenen Zeitabständen zu wiederholen, um Entwicklungen aufzeigen und politisch nutzen zu können.

Anträge der Fraktionen

Es lag ein Antrag der Fraktion Kooperative starke Kammer zur Veröffentlichung von Unterlagen aus der Kammerversammlung auf der Homepage der

PTK NRW vor. Die Fraktion begründete den Antrag damit, dass sich so alle Kammermitglieder nicht zuletzt für ihre Wahlentscheidungen einen weitgehenden Einblick in die Arbeit von Gremien und Versammlungsmitgliedern verschaffen könnten. In der Aussprache wurden Argumente für und wider des Antrags vorgetragen; schließlich wurde der Antrag in offener Abstimmung zur weiteren Bearbeitung an den Ausschuss „Satzung und Berufsordnung“ überwiesen.

Die Kammerversammlung beschloss mit wenigen Enthaltungen einen Antrag des Ausschusses „Fort- und Weiterbildung“ der PTK NRW zur Änderung der Gebührenordnung. Vorgeschlagen war, für Fortbildungsveranstaltungen, die vom Veranstalter für die Teilnehmer kostenfrei angeboten werden, keine Akkreditierungsgebühr zu erheben – vornehmlich als Reaktion auf die Kritik von Veranstaltern, die im Verhältnis zu hohe Gebühren und generell den Verwaltungsaufwand bei der Akkreditierung bemängelt hatten.

Ein zweiter Antrag des Ausschusses „Fort- und Weiterbildung“ zielte darauf, die Fortbildungsordnung der Kammer für den reflexiven Bereich zu ändern. Supervision durch akkreditierte Supervisoren soll dabei in Zukunft höher bepunktet werden. Hierzu kamen verschiedene Fragen auf. Die Ausschussvorsitzende Anni Michelmann nahm die vorgetragenen Anregungen auf und zog den Antrag zur weiteren Diskussion im Ausschuss zurück. Kammerpräsident Gerd Höhner teilte mit, das Thema im Länderrat zu besprechen.

Berichte aus den Ausschüssen

Alfons Bonus, Vorsitzender des Finanzausschusses, skizzierte unter anderem die Entwicklung des Kammerhaushaltes 2016. Durch weniger besetzte Stellen als vorgesehen, geringere Kosten für die Rechtsberatung sowie höhere Einnahmen als erwartet ergäbe sich ein Überschuss für dieses Haushaltsjahr. Auch 2017 sei für das erste Quartal ein Plus zu verbuchen.

Oliver Staniszewski betonte, wie bedeutend eine gute Vernetzung gerade für Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen sei und dass der Ausschuss „Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen“ gut mit Schulen, Kliniken und anderen Institutionen zusammenarbeite.

Verabschiedete Resolutionen

Die Kammerversammlung der PTK NRW verabschiedete am 5. Mai zwei Resolutionen. Die Resolution „Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 29.03.2017 nachbessern!“ wurde von der Fraktion Kooperative Liste vorgelegt. Die Kammerversammlung NRW fordert darin die Vertragspartner Kassenärztliche Bundesvereinigung und den Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen auf, den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 29.03.2017 zu korrigieren, diese Leistungen schlechter zu vergüten als die genehmigungspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen. Ebenfalls fordert die Kammerversammlung NRW das Bundesministerium für Gesundheit auf, den Beschluss des erweiterten Bewertungsausschusses zu beanstanden. Darüber hinaus kritisiert die Kammerversammlung mit ihrer Resolution, dass die neuen Leistungen Psychotherapeutische Sprechstunde und Akutversorgung nicht als Grundversorgung definiert werden.

Die Resolution „Bedarfsplanung Psychotherapie im Ruhrgebiet korrigieren“ wurde von der Kooperativen Liste vorgelegt. Sie gründet darauf, dass die neuen Leistungen Psychotherapeutische Sprechstunde und Akutversorgung im Ruhrgebiet nur dann eine Verbesserung in der Versorgung schaffen,



Abstimmung in der Kammerversammlung

wenn die Behandlungskapazitäten in der Region deutlich erweitert werden. „Wir fordern die Landespolitik und die Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe, die Kassenärztliche Bundesvereinigung sowie die Krankenkassen auf, sich im Ge-

meinsamen Bundesausschuss (G-BA) für eine deutliche Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung im Ruhrgebiet einzusetzen“, heißt es in der Resolution. „Die Sonderregelung sollte außer Kraft gesetzt werden, um ein Versorgungsniveau zu schaffen, das zumin-

dest dem vergleichbarer Planungsbereiche entspricht.“

Beide Resolutionen wurden einstimmig verabschiedet. Sie können auf der Kammerhomepage (www.ptk-nrw.de) heruntergeladen werden.

Großer Ratschlag zur Ausbildungsreform

Mit dem „Großen Ratschlag“ am 5. April war der Vorstand der PTK NRW dem Wunsch der Kammerversammlung nachgekommen, ein Forum zu schaffen, in dem man sich intensiver mit den Konzepten zu und den Ansprüchen an die Reform der Psychotherapeutenausbildung befassen könne, als es in der Kammerversammlung zeitlich möglich sei. Einen Überblick über den Verlauf der Reformdebatte und

das Gesamtkonzept gab Dr. Johannes Klein-Heßling, wissenschaftlicher Referent der BPTK. Dr. Walter Ströhm von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausbildungsträger erläuterte am dem Nachmittag in Neuss die zentralen Erkenntnisse des EsFoMed-Gutachtens zur möglichen Organisation und Finanzierung der ambulanten Weiterbildung. In die rege Diskussion über offene Fragen und notwendige Schritte floss ein,

dass zunächst die Grundlagen für eine Finanzierung zu klären und wesentliche Arbeitspakete zu schnüren seien. Kammerpräsident Gerd Höhner betonte zum Ende der allseits informativ und fruchtbar empfundenen Veranstaltung, dass die Profession gute Arbeitsergebnisse vorzuweisen habe und es gelungen sei, trotz vieler differenzierter Ansichten sehr geschlossen und zielstrebig aufzutreten.

Regionalversammlungen in Düsseldorf

In der Reihe von Regionalkonferenzen hatte der Vorstand der PTK NRW Ende März die Kammermitglieder im Regierungsbezirk Düsseldorf eingeladen. Aufgrund der hohen Mitgliederzahl in dieser Region fanden zwei Konferenzen zu den gleichen Themen statt. Gut 200 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten waren der Einladung gefolgt. Im Zentrum der Diskussion standen die Änderungen zur Psychotherapie-Richtlinie und der aus Kammersicht deutlich zu kritisierende Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses zur

Vergütung der neuen Leistungen. Vizepräsident Andreas Pichler informierte zum Kammerhaushalt und zu der Umsetzung der Beitragsordnung. Aktuelle Aufgaben in der Bedarfsplanung und gesundheitspolitische Aktivitäten der Kammer skizzierte Präsident Gerd Höhner. Einen Überblick über die Reform der Psychotherapeutenausbildung gab Vorstandsmitglied Wolfgang Schreck. Gerd Höhner betonte abschließend, dass der Vorstand sich über die positive Resonanz der Mitglieder auf das Angebot „Kammer vor Ort“ freue und man



Regionalversammlung in Düsseldorf

den gelungenen lebendigen Austausch fortsetzen wolle.

Bekanntmachung des Hauptwahlleiters der PTK NRW

Gemäß § 23 Abs. 3 i. V. m. § 21 Abs. 9 der Wahlordnung für die Wahl zu den Kammerversammlungen der Heilberufskammern vom 20. September 2013 gebe ich bekannt:

Herr Thomas Fischer, Wahlkreis Arnsberg, Psychologischer Psychotherapeut, Vorschlag „DGVT“ ist am 21. März 2017 verstorben und damit aus der 4. Kammerversammlung der PTK NRW ausgeschieden.

Nachgerückt ist Herr Franz-Josef Kanz, Psychologischer Psychotherapeut, Vorschlag „DGVT“

Gez.

Dr. jur. Peter Abels
Hauptwahlleiter

Geschäftsstelle

Willstätterstraße 10
40549 Düsseldorf
Tel. 0211/52 28 47-0
Fax 0211/52 28 47-15
info@ptk-nrw.de
www.ptk-nrw.de